

# Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. G. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streissel,  
in Meseritz bei H. Matthäus,  
in Wreschen bei J. Jahrholz.

Nr. 805.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 45 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Zeitung ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 14. Nov. Der König hat den Landgerichts-Präsidenten Bardeleben hier selbst zum Mitglied des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten ernannt. Dem Civil-Engineer Rietzschel in Berlin ist das Prädikat Professor verliehen worden.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 14. Nov. In den letzten Tagen waren hier die Besorgnisse betrücks der internationalen Verhältnisse, welche bereits seit einiger Zeit, seit der Auspaltung des französisch-chinesischen Konflikts und den Wirren in Bulgarien und Serbien, bestanden, ernst geworden; am stärksten machten sie sich allerdings an der Börse geltend, und es mag dahingestellt bleiben, ob das Echo, welches die dortigen Befürchtungen im Publikum fanden, nicht einigermaßen die rein sachliche, politische Betrachtung der Lage beeinträchtigte. Jedenfalls ward die Besorgnis vor drohenden internationalen Verwicklungen auch von Politikern, welche an dieselben bis vor Kurzem nicht glauben wollten, nicht mehr so zuversichtlich zurückgewiesen. Die Anwesenheit des russischen Ministers von Giers in Berlin hat nun in dieser Beziehung entschieden beruhigend gewirkt, und zwar ohne Zufun der deutschen offiziellen Kreise; es war offenbar der russische Minister selbst, der es im Interesse Russlands, nicht am wenigsten im finanziellen Interesse dieses Reiches, notwendig fand, die russische Politik gegen die Vermuthung von Plänen zu verwahren, welche zu einem Konflikt mit Deutschland führen könnten. Welche Bedeutung man für die Zukunft, selbst nur für eine nicht sehr entfernte, solchen Versicherungen beilegen will, ist eine Frage für sich; aber man kann in dem Bemühen des russischen Ministers, Besorgnisse zu zerstreuen, insofern einen gewissen Kern von Wahrheit finden, als andererseits nicht zweifelhaft ist, daß das Bemühen, den Frieden zu erhalten, seitens des Fürsten Bismarck auch Russland gegenüber auf der Politik beruht, jedes berechtigte Interesse anderer Staaten zu fördern; der Fürst von Bulgarien hat es bereits erfahren, daß man hier Bulgarien zur natürlichen Machtspäre Russlands so lange rechnet, als das Land nicht direkt zum Stützpunkt weitergreifender pan-slawistischer Zettelungen missbraucht wird. — Die Verschiebung der Briefe des Kronprinzen nach Spanien hat ein gewisses Aufsehen gemacht, weil sie mit den Alarmnachrichten französischer Blätter über feindliche Demonstrationen zusammentraf, welche angeblich seitens der spanischen Radikalen in Barcelona zu erwarten wären; man wollte sogar wissen, daß es ungewiß sei, ob die Abreise Sonnabend erfolgen werde. Sollte sie in der That nochmals verschoben werden, so würde dies selbstverständlich lediglich denselben äußerlichen Grund, die Nichtigkeit der Zeitungsmeldung, hab der Kronprinz, statt in Barcelona, in Valencia landen werde, glaubt man hier nicht; es ist möglich, daß von diesem Hafenplatz aus die Rückreise angetreten wird, da der Kronprinz mit dem Besuch bei dem König Alfons einige Ausflüge in das Land verbinden will. — Die gestrigen Stichwahlen zur Stadtvorordneten-Versammlung sind für die Fortschrittspartei so ungünstig ausgefallen, wie wir es am Abend des ersten Wahltages, des 18. Oktober, als wahrscheinlich darstellten. Das Ergebnis entspricht eben der großen Zahl von Stimmen, welche namentlich die Bürgerpartei beim ersten Wahlgange in der dritten Klasse erhalten hatte; und von einem einigermaßen objektiven Standpunkte aus kann man nur einverstanden damit sein, daß eine tatsächlich in der Bürgerschaft so starke Richtung es nur wenigstens auf ein Dutzend Stimmen in einer Versammlung von 126 Mitgliedern gebracht hat; sie mag nun zeigen, was sie kann.

S. Berlin, 14. Nov. Der Kaiser hat befohlen, daß während der Anwesenheit des Kronprinzen in Madrid auch die deutsche Marine durch einen höheren Offizier derselben vertreten sein soll und ist in Folge dessen der Kapitänleutnant Geßler zur Suite des Kronprinzen kommandiert worden. Der spanische Hafen, in welchem das Geschwader mit dem Kronprinzen landen soll, wird deutscherseits nicht bekannt gegeben, sondern erhält der Kommandant der Flotte erst nach dem Auslaufen aus

Genua auf hoher See vom Kronprinzen den Befehl, welcher Hasen anzulaufen ist. Die Abreise des Kronprinzen von hier erfolgt am Sonnabend den 17. vom Anhalter Bahnhofe um 8 Uhr 45 Min. früh über Frankfurt a. M. Dort wird die Frau Kronprinzessin ihren Gemahl begrüßen und sich von ihm im Palais des Großherzogs von Hessen auf der Zeit verabschieden. Die Weiterreise erfolgt über Basel, die Ankunft in Genua in der Nacht vom Sonntag zu Montag.

Der König hat dem Kronprinzen von Portugal den Schwarzen Adlerorden verliehen.

Die "Prov.-Corresp." zweifelt nicht daran, daß dem Beschlusse des Hannoverschen Provinziallandtags, betr. die Zusammensetzung der künftigen Vertretung dieser Provinz aus Vertretern der Ritterschaft, der Stadt- und Landgemeinden eine eingehende und unbefangene Prüfung seitens der Regierung zugewendet werde. Indessen könnte das Gewicht der entgegenstehenden Gründe nicht verkannt werden. Auch wenn man über die durch den hannoverschen Vorschlag bedingte Ungleichartigkeit in der Verwaltungsorganisation des Staats hinweggehen wollte, bliebe der Einwand übrig, daß der den neueren Provinzialordnungen zu Grunde liegende Gedanke, in dem Provinziallandtag eine zusammenfassende Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kreisverbände zu schaffen, nicht verwirklicht werden würde. Aus diesem Wenn und Aber kann man schließen, daß die Regierung abwarten wird, ob das Abgeordnetenhaus den Vorschlag des Provinziallandtags sich aneignet und die Befriedigung der besonderen, d. h. der welfischen, Bedürfnisse dieser Provinz für wichtiger hält, als die Durchführung des den neueren Provinzialordnungen zu Grunde liegenden Gedankens.

Über "die Aufgaben der Landtagsession" bleibt die "Prov.-Corresp." eine Erörterung zum Besten, die mindestens befremdlich ist. Was soll man dazu sagen, wenn das halbmäßige Blatt behauptet, in der letzten Session sei die Aufhebung nur der beiden untersten Stufen der Klassensteuer beschlossen worden, "weil eine Verständigung über die Mittel, welche den durch die Regierungsvorlage bedingten Steuerausfall decken sollten, nicht erzielt wurde"? Bekanntlich haben die Redner fast aller Parteien erklärt, aus Rücksicht der Gerechtigkeit über eine "Erliegerung" der 3. und 4. Stufe nicht hinausgehen zu können. Ob die Regierung die Reform der Klassen- und Einkommensteuer von der Aufhebung der 3. und 4. Stufe abhängig machen will, muß ihr überlassen bleiben. Befremden aber muß, daß auch das halbmäßige Blatt von der höheren Besteuerung des Kapitaleinkommens das Einkommen aus dem größeren Grundbesitz frei lassen will. Soll doch sogar das Einkommen aus Kapitalrente, selbst wenn es weniger als 1200 Ml. beträgt, der besonderen Kapitalsteuer unterworfen sein. Wenn auf diese Weise selbst auf dem sonst so ebenen Boden der Reform der Personalsteuer künftliche Hindernisse geschaffen werden, damit nur ja das Schicksal der neuen Wirtschaftspolitik, der große Grundbesitz, unangefochten bleibt, so sind die Aussichten auf weitere Reichssteuerreformen vollends dunkel. "Wirkt die preußische Landesvertretung, heißt es in dieser Beziehung, dazu mit, daß auf dem Wege organischer Gesetzgebung das Bedürfnis des größten Bundesstaats nach Reform der Schuldotations-, Schul- und Kommunalsteuer-Verhältnisse unüberleglich dargelegt wird, so läßt sich erwarten, daß die Vertretung des Reichs diesem Bedürfnisse ihre Anerkennung nicht weiter versagen werde." Der Gedanke, dem preußischen Landtag Vorspanndienste für die Reichssteuerreform, d. h. für die Einführung neuer Reichssteuern, zuzumuten, ist weder neu noch aussichtsvoll. Der Landtag wird sich gewiß nicht dazu verstehen, das Bedürfniszugnis neuer Einnahmen auszustellen, ohne gleichzeitig über die Beschaffung dieser Einnahmen im Klaren zu sein.

Die Polizeidirektion von Braunschweig hat die im Verlage von S. Kokosky in Braunschweig erschienene nicht periodische Druckschrift "Zur Luther-Feier" auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

Dresden, 14. Nov. Nachdem heute Vormittag in der evangelischen Hofkirche ein feierlicher Gottesdienst stattgefunden, an dem die Staatsminister und Mitglieder der Ständekammertheilnahmen, ist soeben im Thronsaale des königl. Schlosses durch den König die diesjährige Landtagsession eröffnet worden. Der Eröffnung wohnten die Bringen des königl. Hauses, das diplomatische Corps, die Staatsminister, neben den Ständen die Herren der sämtlichen Hofrangordnungen etc. an. Beim Eintritt Sr. Majestät und beim Verlassen des Thronsaales brachten die Versammlungen dem König enthusiastische Hochs. Nachmittags 4 Uhr findet im Bankettsaal des Schlosses große Hoffest statt. In der Thronrede, mit welcher der König den Landtag eröffnet hat, wird in Folge der Besserung der Finanzlage die Aufhebung der Zuschläge zur Einkommensteuer, des fiskalischen Chausseegeldes und die Errichtung der Eisenbahngütertarife angekündigt. Die Thronrede bestätigt, daß die schon seit einigen Jahren wahrnehmende Belebung der Geschäfte sich als eine dauernde erwiesen habe und die heimische Industrie mit Erfolg bemüht

gewesen sei, ihre Erzeugnisse zu vervollkommen und neue Absatzgebiete zu gewinnen. Namentlich habe das Kunstgewerbe in dieser Richtung erfreuliche Fortschritte gemacht.

Paris, 12. Nov. Der "National", der auf vertrautem Fuß mit Jules Ferry steht, äußert nun auch sein Misvergnügen, darüber, daß der deutsche Kaiser es für gut befunden hat, den Besuch des Königs Alfonso durch seinen Sohn und Erben erwider zu lassen. Dieses Blatt schreibt:

"Wenn es wahr sein sollte, daß die Reise des deutschen Kronprinzen der Beweis des endgültigen Triumphes der Opposit und der Befestigung des während des Aufenthalts des Königs Alfonso in Deutschland geplanten spanisch-preußischen Einverständnisses sein sollte, so muß man sich auf ernste Ereignisse auf der Halbinsel gefaßt machen. Es gilt für gewiß, daß der König Alfonso entschlossen ist, der Unzufriedenheit Trotz zu bieten, welche seine Haltung Frankreich gegenüber unter den spanischen Liberalen hervorgerufen hat. Er will darbun, daß seine Sympathieen für Deutschland sind und daß es ihm keineswegs am Herzen liegt, den Eindruck abzuwischen, welche seine Annäherung an den Berliner Hof in Frankreich hervorgerufen hat. Eine Koalition gegen Frankreich liegt zum wenigsten in der Absicht, also nicht in weiter Ferne. Man fragt, welcher Wahnsinn die gekrönte Haupt erfaßt hat, um sich vor Herrn v. Bismarck nach auf die Knie zu werfen, und zwar auf die Gefahr hin, einen unüberschreitbaren Abgrund zwischen den Dynastien und Völkern zu graben. Wird Don Alfonso unfehlig genug sein, sich einzubilden, daß er die spanische Nation in die Freiheit hineinziehen könne, die er so frohen Muthes für sich selbst annimmt? Hat er ein solches unbegrenztes Vertrauen zu der deutschen Allmacht, daß die spanische Opposition in seinen Augen nur eine Neuterei von Schulbüchern ist? Solche Illusionen lassen sich beim Fürsten von Serbien erklären; der Sohn der Königin Isabella, der seine Jugend in der Verbannung zugebracht, mußte aber besser den kastilianischen Stolz kennen. Die Presse läßt keinen Zweifel über die Gefahr, welche die deutsche Politik des Madrider Hofes der Dynastie bereitet. Die liberalen Organe erklären einstimmig, daß von einem Bündnis zwischen dem deutschen Reich und Spanien nicht die Rede sein kann. „Dia“ Correa“ und mehrere andere Blätter sagen, daß Frankreich unrecht hätte, über die Folgen des Besuches des deutschen Kronprinzen besorgt zu sein, da die innere Auseinandersetzung des Staates für die Mehrheit des spanischen Volkes das allein annehmbare Regierungsprogramm sei. Wir sind überzeugt, daß Frankreich nichts von der spanischen Nation zu befürchten hat. Indem Don Alfonso die untergeordnete Lage betont, in welche sich alle Souveräne gestellt haben, die dem deutsch-österreichischen Einverständnis ihre Zustimmung gegeben, kompromittiert er sich nur selbst, aber vollständig und unvermeidlich. Die spanischen Republikaner haben dieses eingeschaut und bereiten sich zum Handeln vor. Castlar irr sich nicht, wenn er behauptet, daß die deutsche Regierung heute der furchtbare Feind der spanischen Monarchie sei. Man könnte sagen, daß Herr v. Bismarck, daran verzweifelnd, das Madrider Kabinett auf den Weg der anti-französischen Kundgebungen hinzutreiben, sich den König vornimmt, dessen Vorurtheile und Schwächen er, selbst auf die Gefahr einer Katastrophe hin, sich zu nutzen machen will. Der Sturz des Königs Alfonso würde in der That Herrn v. Bismarck einen neuen Vorwand bieten, um über alle Dächer hinaus zu schreien, daß der französische Nationalismus das alte monarchische System untergrabe und daß es Zeit sei, Maßregeln gegen diese unheilvolle Propaganda zu ergreifen. Wenn der König Alfonso fallen wird, so wird er nur fallen, weil er die wesentlichen Bedingungen der liberalen Entwicklung im Innern wie im Auslande verkannt bat."

So das Organ Ferry's, des jetzigen auswärtigen Ministers, dessen Muth man im Grunde bewundern muß, der, obgleich er durch seine Kolonialpolitik alle Mächte vor den Kopf gestoßen und sich dieselben verfeindet hat, heute den König Alfonso befreien läßt, weil dieser es wagt, den Besuch des deutschen Kronprinzen anzunehmen. Geradezu lächerlich ist es, daß Ferry auf den Abgrund hinweisen läßt, der zwischen den monarchischen Regierungen und ihren Unterthanen besteht.

Paris, 12. Nov. Ein Mitarbeiter der "République française", ohne Zweifel der Pastor Colani, der früher als Professor an der theologischen Fakultät zu Straßburg wirkte, widmet dem Andenken Buthers einen Artikel, der also schlicht:

"Die Flamme des Scheiterhaufens von Wittenberg erleuchtet heute noch das Gewissen der Millionen Christen, welche Luther von der römischen Kirche abgelöst hat und denen er die Glaubensfreiheit gab, indem er sie aufforderte, sich die Glaubensfreiheit herauszunehmen. So hat die Reformation begonnen und die Reformation ist der Anfang der modernen Welt, deren Gründer Martin Luther war. Deutschland feiert heute den 400. Geburtstag des großen Reformators, für Deutschland ist Luther ein Ahnherr, der nicht seines Gleichen hat. Dadurch, daß er die Bibel in der Sprache der alten Deutschen Dichtungen übersetzte, schenkte er Deutschland eine Sprache, jene Sprache, welche dreihundert Jahre später den Grundstein zu der deutschen Einheit, Dank dem Genie der Klopstock, Goethe, Schiller, der Kant und Humboldt legen sollte. Luther begnügte sich nicht damit, Deutschland eine Sprache zu schenken; er schenkte ihm überdies noch seine Kunst, die Kunst, durch die es über alle Völker emporragt, die Musik. Dieser Mann des Kampfes und der Leidenschaft war stark und milde. Er trieb bis aufs Äußerste die heftige Schmähung und er lehrte sein Volk Gelänge von strengem Ernst, von unendlicher Sinnlichkeit und hebräischer Träumerei. Da gewiß, Deutschland ist berechtigt, die Geburt Desjengen, welcher vielleicht unter den Söhnen deutlichen Namens der größte war, feierlich zu begehen. Männer, wie Luther, gehören aber nicht ausschließlich einem einzigen Volle an; die gesamte Menschheit hat auf sie Anspruch. Unter den Söhnen der Menschen ist Martin Luther der Erste. Einer durch seinen wunderbaren Einfluß auf den Gang der Geschichte. Er hat die alte theatrale Welt herausgefordert und besiegt; er hat Millionen von Gemüsen, die seine Kühnheit frei gemacht, aufgewühlt, erleuchtet, er schreitet an der Spitze Dixer, die mit der Fackel der allgemeinen Sittenveredelung uns vorangehen. Der Geburtstag Luthers wird Niemand gleichgültig lassen in der Welt des freien Ge-

bankens, in der Welt, welche an Fortschritt, Gerechtigkeit, Freiheit glaubt, denen dieser große Umsturzmann während seines Erdewalls so gewaltig dient hat."

Prinz Victor Bonaparte hat gestern in Orleans sein Freiwilligenjahr vollendet und ist noch des Abends spät in Paris eingetroffen. Den heutigen Tag bringt er mit seinem Vater, dem Prinzen Jerome Napoleon, und seinem Bruder, dem Prinzen Louis, zu, der morgen seinerseits sein Dienstjahr in einem Regiment berittener Jäger zu Blois antritt. Diese Woche wollen die Jeromisten zu Ehren des Prinzen Victor ein Bankett veranstalten; sein Vater soll sich damit einverstanden erklären, der Sohn aber noch nicht bestimmt geäußert haben, und es wäre wohl möglich, daß er sich der unbequemen Huldigung durch eine beschleunigte Abreise nach Moncalieri zu seiner Mutter, der Prinzessin Clothilde, entzöge.

Paris, 14. Nov. Wie sich die "Voss. Ztg." berichten läßt, hat das französische Kabinett der russischen Regierung den dringenden Wunsch ausgesprochen, für den neuen Petersburger Botschafter General Appert noch vor Ende November die Audienz zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens zu erhalten. Die offiziösen Blätter fügen erläuternd hinzu, unter den gegenwärtigen Umständen müsse dem Kabinett besonders daran liegen, in Petersburg vertreten zu sein. — Auch die offiziöse "Agence Havas" bringt die Mittheilung von dem wahrscheinlichen Eintritt des Herrn Fallières als Unterrichtsminister ins französische Kabinett, da Herr Jules Ferry das Ministerium des Auswärtigen an Stelle Challemel-Lacours definitiv zu übernehmen gedachte. Herr Fallières, heißt es weiter, ist geneigt, das ihm angebotene Portefeuille zu übernehmen, hat jedoch seine Zustimmung noch nicht endgültig ertheilt, da ihn Familienverhältnisse augenblicklich in der Provinz zurückhalten.

Madrid, 13. Nov. Zur Stimmung in Madrid bezüglich der Reise des deutschen Kronprinzen liefert das folgende Telegramm der "Daily News" aus der spanischen Hauptstadt vom 11. d. M. einen beachtenswerthen Beitrag:

"Wenige Ereignisse haben in allen Schichten der Gesellschaft in Spanien einen so großen Eindruck verursacht, als dieser Besuch des deutschen Kronprinzen. Frankreich hatte bereits zugestanden, daß Spanien in einem diplomatischen Circular und in der amtlichen Madrider Zeitung die vollständige Genugthuung veröffentlicht, welche Herr Greve dem König Alfonso anbot. Die able Stimmung zwischen den beiden Ländern ist vorüber. Die Ernennung des Marschalls Serrano, dessen Sympathien für Frankreich wohlbekannt sind, zum Botschafter in Paris und die friedlichen Gefühle, welche man dem jetzigen spanischen Kabinett zuschreibt, schaffen eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Spanien und Frankreich zu inauguriern, als die Meldung von dem unerwarteten Besuch den ganzen Gegenstand wieder in Fluss brachte. Die progressistische und die republikanische Presse in dem benachbarten Portugal denunziert die spanische Monarchie wegen ihrer Neigungen für deutsche Alianzen, sie bestreitet, daß jetzt mehr Grund als jemals für Portugal vorhanden sei, mit einem Lande kommerzielle Verbindungen zu schließen, welches danach trachtet, in die europäische Politik einzutreten, welches sich die Sympathien Frankreichs in den europäischen Fragen und diejenigen Englands in Marokko entfremdet. Die hiesige republikanische Presse verlängt, daß ihre Führer, besonders Sennor Castelar, dem Kabinett viel Verdruß durch Debatten über die auswärtige Politik und die beiden königlichen Besuche bereiten werden. Das Kabinett ist verbüßt. Die dynastischen Liberalen bestreben sich durchweg, dem Besuch des deutschen Kronprinzen eine nur ganz allgemeine Bedeutung beizulegen und die konservativen Francofeinde machen viel Gerede von den Festlichkeiten, welche der Hof vorbereitet und welche die Feste aus Anlaß der königlichen Hochzeit übertreffen sollen. Die spanischen Royalisten scheinen die Gefahr nicht zu bemerken, welche in dem Abschluß von Beziehungen zwischen Höfen und Regierungen liegt zu einer Zeit, wo die öffentliche Meinung Spanien von den europäischen Verwicklungen fern zu halten wünscht, und wo Symptome zu sehen sind von dem Wiederaufleben der revolutionären Agitation."

Die deutschfreundlichen Sympathien haben gegenüber den franzosenfreundlichen jedenfalls einen nicht ganz leichten Stand.

London, 14. Nov. (Telegramm). In Memorial Hall City fand heute Nachmittag ein Vortrag des Hofpredigers Stöder aus Berlin statt. Der Redner sprach sein Bedauern aus über die Weigerung des Lordmayors, ihm das Stadthaus zu dem von ihm beabsichtigten Vortrage zu überlassen und bezeichnete die Motive, die der Lordmayor für Verweigerung der Benutzung des Mansionhouse angegeben habe, als ungutbefriedende. Diese Erklärung rief starke Opposition hervor. Der Vortrag Stöder's rühmte Martin Luther und brachte denselben in Beziehung zu dem christlichen Sozialismus. Die Versammlung, in welcher sich viele Deutsche befanden und in welcher das sozialdemokratische Element stark vertreten war, erhob auch während des Vortrags lebhafte Opposition, so daß der Vortrag selbst abgekürzt wurde und die Versammlung ziemlich stürmisch auseinander ging.

d. Warschau, 12. Nov. Die Polen sind mit der Thätigkeit des Generalgouverneurs Gurko sehr unzufrieden. Der General ist, wie dies in einer Warschauer Korrespondenz des "Cas" konstatiert wird, eifrig bestrebt, systematisch die Russifizierung von Russisch-Polen herbeizuführen. In der Korrespondenz ist eine Menge von Einzelheiten angegeben, aus denen dieses Russifizierungstreben deutlich und klar hervorgehe.

## r. Stadtverordneten-Sitzung

am 14. November.

Anwesend sind 24 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodniz, Dr. Buski, Dr. Friedländer, Glazel, Herz, Jädel, B. Jasse, Kirchen, König, Kronthal, Lange, Lipzner, Manheimer, Milch, Müller, Orgler, Dr. Rehfeld, Rötel, Rosenthal, Schweiger, Dr. Szymanski, Türk, Victor, Ziegler; von Magistrats-Mitgliedern sind zugegen: Bürgemeister Herz, Stadtbaurath Grüder, Stadtrath S. Jasse. — Nachdem der Vorsitzende, Stadtv. B. Jasse, einige geschäftliche Mittheilungen gemacht, wird in die Tagesordnung eingetreten.

Neber die Dedung des Restes der Baukosten des städtischen Krankenhauses berichtet Stadtv. Kronthal im Namen der Finanzkommission. Danach sind zum Bau des Krankenhauses im Ganzen 231.991 M. (davon 180.000 M. aus dem Reservefonds der Sparlasse), das Uebrige, theils nomineller Mehrbetrag der Pfandbriefe und inzwischen angelauftene Zinsen, theils Einnahme aus dem Abbruch der früheren vorigen Gebäude) bemittelt worden; da aber der Bau 236.117 M. gelöst hat, so fehlen demnach noch 4126 Mark. Magistrat beantragt, die Versammlung möge diesen Betrag

aus dem Extraordinarium des Rämmereiats bewilligen und die Finanzkommission befürwortet diesen Antrag. — Stadtv. Brodniz beantragt dagegen, daß der Fehlbetrag aus dem Reservefonds der Sparlasse allmäßlig entnommen und aus dem Betriebsfonds der Rämmereiassesse vorgereckt werden möge, steht jedoch, nachdem Bürgermeister Herz sich dagegen ausgesprochen, diesen Antrag zurück, worauf der Magistratsantrag angenommen wird. — Stadtv. Jädel weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß in den Kellern des neuen städtischen Krankenhauses permanent Wasser siebe, und fragt an, ob nicht Veranstaltungen zur Fortschaffung desselben getroffen seien. Diese Interpellation wird, wie Bürgermeister Herz erklärt, in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Zum Waisenrat wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. Ziegler berichtet, Schornsteinfegermeister Mikolajewski, zum Ortsvorsteher für den XVIII. Bezirk Desseillatuer S. Sonnabend gewählt.

Zum Mitgliede der Stadt-Schuldeputation wählt die Versammlung an Stelle des Dr. Kujstelan, welcher gegenwärtig auf der Wilda wohnt, auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. Szymanski berichtet, den Professor Dr. Mottu.

Gegen die Niederlassung des Schlossergesellen Edmund Emme wird keine Einwendung erhoben.

Über die Rückzahlung von Verpflegungskosten berichtet Stadtv. Orgler. Danach ist einer gewissen Liebach, deren Vater im Jahre 1866 starb, und welche in der Salzböden Waisenmädchen-Anstalt erzogen worden ist, später von der Großmutter eine Erbschaft von 119 Mark aufgetragen, die vom Magistrat auf die Verpflegungskosten in der Waisenmädchen-Anstalt mit Beschlag belegt wurden. Nachdem nun die Liebach inzwischen großjährig geworden, hat sie die Rückzahlung jenes Betrages beim Magistrat beantragt. Da sie fränklich ist, überdies die Stadtgemeinde die Waisenmädchen in jener Anstalt nicht direkt verpflegt, vielmehr nur einen Zuschuß zur Unterhaltung der Anstalt zahlt, so beantragt Magistrat, die Versammlung möge sich aus diesen, sowie aus Billigkeitsgründen mit der Rückzahlung der 119 Mark an die Liebach einverstanden erklären. Nachdem Stadtv. Orgler dies befürwortet hat, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Über den seitens der Intendantur des V. Armeekorps gegen die Stadtgemeinde Posen wegen Rückzahlung von Schachtförster angestrebten Prozeß berichtet im Namen der Rechtskommission Stadtv. Orgler. Bekanntlich handelt es sich in dieser Angelegenheit um den Betrag von 1.3847 M., welchen die Intendantur in 14 verschiedenen gleichlautenden Klagen für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis 30. September 1882 gegen die Stadtgemeinde eingeflagt hat. Nachdem die Versammlung in der Sitzung am 31. Oktober d. J. diese Angelegenheit der Rechtskommission überwiesen, hat dieselbe sich mit der Prüfung der Angelegenheit befaßt, und tritt allen vom Magistrat gegen jene Forderung erhobenen Einwendungen bei. Sie beantragt, die Versammlung möge der Art und Weise, wie der Magistrat die Angelegenheit zu behandeln beabsichtigt, beitreten, außerdem aber den Wunsch aussprechen, daß bei der Wichtigkeit der Angelegenheit die Vertretung in den 14 Klagesachen zwei Rechtsanwälten gemeinschaftlich übertragen werde. — Stadtv. Glasel findet es unbegreiflich, wie die Intendantur bis auf das Jahr 1875 zurückgreifen könnte, da die Soldaten, welche zu jener Zeit gedient und indirekt zu der Schachtförster beigetragen haben, von dem eingelagerten Betrage gewiß doch nichts erhalten würden; es hätte doch höchstens bis auf drei Jahre zurückgegriffen werden können. — Nachdem Stadtv. Orgler erklärt hat, daß auch dieser Punkt von der Rechtskommission erworben worden sei, wird der Antrag derselben von der Kommission angenommen.

Über die Entlastung der Pfandleihanstalt-Rechnung pro 1881/82 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Kirschen. Danach sind viele Titel des Staats, davon zwei recht bedeutend, überschritten worden, und die Kommission beantragt, die Überschreitungen möge nicht über die Decharge ertheilen, als bis diese Überschreitungen motivirt seien, auch den Wunsch aussprechen, daß der Staat für die Pfandleihanstalt vom Magistrat künftig derartig aufgestellt werde, daß er in Einklang mit der Rechnung gebracht werden könne. — Stadtv. Lange weist darauf hin, daß sich der Betrieb der Pfandleihanstalt in jenem Jahre erheblich vermehrt habe, und daher die Staats-Überschreitungen datieren; es habe ein Diätar angestellt werden müssen, höhere Arbeitslöhne seien zu zahlen gewesen, die Unterbringung der Pfandleihstücke in anderen Räumlichkeiten habe besondere Kosten verursacht, und für bauliche Einrichtungen sei ein Mehrbetrag von ca. 2000 M. verausgabt worden. Da im Übrigen das von der Pfandleihanstalt erzielte Resultat ein sehr günstiges sei, so möge die Versammlung die Ertheilung der Decharge nicht verweigern. — Bürgermeister Herz ist befürwortet gleichfalls die baldige Ertheilung der Decharge, die ca. 14 Tage später doch gewährt werden würde. Gerade bei einem Institute, wie die Pfandleihanstalt es ist, sei es schwer, wie sich dies ergeben habe, den Staat mit der Rechnung in Einklang zu bringen. Um eine burokratische Verwaltung dieses Instituts zu vermeiden, habe die Versammlung die Mitwirkung bei der Verwaltung einer besonderen Deputation übertragen; die dadurch erzielten Vorteile würden aber wieder illusorisch werden, wenn zu jeder Staatsüberschreitung die Genehmigung des Magistrats vorher eingeholt werden müßte. In Erwägung zu ziehen sei überdies, daß der Rämmereizustand zu der Anstalt trotz der Überschreitungen in der Ausgabe nicht größer geworden sei. Der Wunsch, daß künftig die Mehrausgaben motivirt werden, sei als ein ganz berechtigter zu erachten, sei aber kein Grund, die Decharge zu verweigern. — Nachdem noch Stadtv. Herz und Manheimer in dieser Angelegenheit das Wort ergreifen, wird der Antrag der Finanzkommission abgelehnt und die Decharge ertheilt.

Mit der Ueberlassung der Ausübung der Fischerrei in den Gewässern auf der Bocianka wiese an den Fischermeister Theodor Tuszerowski bis zum 31. März 1885 für den Betrag von jährlich 12 M. jedoch unbeschadet der Rechte Anderer, erklärt sich, nachdem Stadtv. Viltor hierüber berichtet hat, die Versammlung einverstanden.

Der Antrag des Magistrats, zu der Verpachtung der rechts der Eichwaldstraße gelegenen Wiese istücke an Johann Gajala bis zum 31. März 1887 für 270 M. pro Jahr, erklärt sich auf Antrag der Finanzkommission, in deren Namen Stadtv. Viltor berichtet, die Versammlung einverstanden.

Gegen die definitive Anstellung der Lehrerin Eugenie Barth (an Stadtschule V), worüber der Stadtverordnete Dr. Szymanski berichtet, wird kein Einspruch erhoben.

Zum Vorsteher für den I. Armenbezirk wird auf Antrag der Wahlkommission, in deren Namen Stadtv. Ziegler berichtet, an Stelle des bisherigen Vorstebers, Bädermeisters Knipfer, Kaufmann E. Böhle, zum Vorsteher für den XII. Armenbezirk an Stelle des Kaufmanns Koschmann Labischin der Kaufmann Bahlau jun. gewählt. Zugleich wird der Wunsch ausgesprochen, daß Herrn Labischin für seine 9jährige Thätigkeit als Armen-Bezirksvorsteher der Dank ausgedrückt werde.

Zum Schlus widmet der Vorsitzende, während alle Mitglieder sich von ihren Sitzen erheben, dem verstorbenen Posthalter Gerlach, welcher der Versammlung bekanntlich bis Ende v. J. angehört hat, einen warmen Nachruf, in welchem er den gesunden bürgerlichen Sinn, die hervorragenden Kenntnisse und die reiche Erfahrung desselben hervorhebt und fordert die Versammlung auf, sich an der Beerdigung des Verstorbenen, welche Donnerstag, den 15. d. M., Nachmittags 2 Uhr stattfindet, zahlreich zu beteiligen.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4½ Uhr Nachmittags begonnen hat, 6 Uhr Abends ihr Ende.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 15. November.

d. Die Maigefülichen aus der Erzbistüze Posen, welche nach dem Jahre 1873 geweiht worden sind, werden von der Redaktion des "Kurier Pogn." neuerdings, soweit sie dies noch nicht gehabt haben, im eigenen Interesse aufgefordert, an dieselbe das Abiturientenzeugnis und die Exmatikel von der Universität oder wenigstens die Original-Einzeichnung der gehörten Vorlesungen nebst den Testaten der Professoren einzufinden.

\* Personalveränderungen. Der Regierungsreferendar Junck aus Berlin ist der hiesigen Regierung überwiesen. Der Bezirksfeldwebel Maus aus Czarnow als Militär-Anwärter zur Regierung hier selbst eingetreten. — Der Eisenbahn-Sekretär v. Franckel in Bromberg ist nach Allenstein als Bureau-Vorsteher zu dem in Funktion getretenen Eisenbahnbetriebsamt Allenstein versetzt.

r. Vernichtung von eingelösten Rentenbriefen. Am 8. d. M. wurden in Gegenwart der königl. Direktion der Rentenbank, zweier Abgeordneter der Provinzial-Verwaltung (Rittergutsbesitzer Hoffmeyer und Stadtrath Neumann) und des Notars Justizrat Mehring, gemäß dem Rentenbankgefele vom 2. März 1850 derseligen Rentenbriefe, welche seit der letzten, am 10. Mai bewirkten Vernichtung bis zum 2. d. M. präsentiert worden waren, durch Feuer vernichtet. Es waren dies im Ganzen 277 Stück Rentenbriefe, und zwar 81 zu 3000 M., 21 zu 1500 M. 25 zu 300 M., 80 zu 75 M.

+ Gestohlene Banknote zu 1000 Mark. Die Reichsbanknote Nr. 05007a, zu 1000 Mark ist, wie hiesiger Bank-Instituten mitgetheilt worden, aus einem am 28. Dezember v. J. in Stralsund zur Post gegebenen, nach Groß-Nützelberg gerichtet gewesenen Geldbrieff während dessen Beförderung verschwunden und bisher nicht zum Vorschein gekommen. Wir machen unsere Leser hierauf aufmerksam und warnen vor der Annahme jener Banknote.

## Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 13. Nov. [Prozeß Dickehoff] Zu Beginn des sechsten Verhandlungstages beantragte Rechtsanwalt Soul abermals Vorladung einer größeren Anzahl Entlastungszeugen, doch wurde auch dieser Antrag vom Gerichtshofe abgelehnt. Da die Zeugenvernehmungen bezüglich des Lissauer'schen Morde beendet sind, fragt der Präsident den Angeklagten, ob er zu denselben noch etwas zu bemerkern habe. Dickehoff beschränkt sich wiederum darauf, Alles zu bestreiten und die sinnlosen Aussagen für erfunden zu erklären. Darauf wendet sich die Verhandlung zu dem Königsbedrohten Morde. Der Angeklagte gibt zu, die Frau einmal gesehen zu haben, ob er auch mit ihr gesprochen, ist ihm nicht mehr erinnerlich, in ihrer Wohnung will er niemals gewesen sein. Die Zeugen erzählen zunächst den früher bereits mitgetheilten Thatbestand und bestätigen namentlich übereinstimmend, daß Spuren eines Durchzählers der Wohnung des Ermordeten nicht wahrgenommen gewesen sind. Der Präsident zeigt darauf den Geschworenen die Wachsmasse der R., die in einem großen Glasfaß auf dem vor dem Richtertisch aufgestellten Tisch gesetzt wird. Der Kopf der Ermordeten muß durchdrungen zu gerichtet gewesen sein. Die Rehle war vollständig zerstochen; eine weitere klaffende Schnittwunde befand sich an der linken Seite des Gesichts. Die Rehle war in einer Weise durchschnitten, wie man etwa ein Tier schlachtet. Das Gesicht war mit Blut überströmt. Der Präsident zeigt den Geschworenen ferner das bei Dickehoff vorgefundene Brecheisen, das Taschenmesser und die bei der Ermordeten vorgefundene Sachen. Es folgen die Gutachten der medizinischen Sachverständigen, die sämtlich einen Selbstmord für ausgeschlossen halten.

## Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 14. Nov. Die Rettungsstation Kurhafen der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 14. November von dem deutschen Schoner "Ludwig", Kapitän Schuldt, gestrandet auf Gr. Vogelsand, mit Holz und Eisen, von Gesele nach Hamburg bestimmt, 6 Personen gerettet durch das Rettungsboot der Lotsengesellschaft. Schiff verloren.

Bremen, 14. Nov. Die Rettungsstation Prerow der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 14. November von der deutschen Galeasse "Gloria", Kapitän Grüpel, gestrandet bei Darßerort, 3 Personen gerettet durch das Rettungsboot "Graf Behr-Negendank" der Station Prerow. Sturm NW. mit Hagelböen. Das Boot war 3½ Stunden unterwegs.

Wien, 14. Nov. Der Reichsfinanzminister v. Kallay überreichte heute der ungarischen Delegation die sanktionirten Beschlüsse und sprach derselben sodann den Dank und die Anerkennung des Kaisers für ihre Arbeiten aus. Kardinal Haynald gedachte darauf mit warmen anerkennenden Worten des Eislers und der Hingabe der Mitglieder der Delegation bei Bewältigung der schwierigen Aufgaben und schloß alsdann die Session unter begeisterten Elternrufen mit Segenswünschen für den Monarchen.

Wien, 14. Nov. Das "Fremdenblatt" bedauert, daß ein Theil der russischen Presse dem allgemeinen Bestreben, die Gemüther zu beruhigen, noch immer keine Rechnung trage. Da die friedlichen Intentionen der russischen offiziellen Kreise genau bekannt seien, brauche man allerdings auf diese Ausführungen kein großes Gewicht legen. Das "Fremdenblatt" beleuchtet sodann die Taktik und die krasse Widersprüche, in welche die panslawistische Presse durch ihren ungezüglichen Eifer gerät.

Wien, 14. Nov. Das "Fremdenblatt" veröffentlicht ein Communiqué der Österreichischen Südbahn, nach welchem die Kosten der Rekonstruktion mit dem Ende dieses Jahres um 500 000 fl. höher sein werden als präliminirt ist. Das Gemeinschaftsfordernis ist damit vollständig bestiedet. Dasselbe wird durch das bisher erzielte Totalplus von 1 105 799 fl. kompensirt, wou der Gewinnüberschuß aus dem Jahre 1882 mit 777 609 fl. kommt. Die Bilanz wird hierdurch wesentlich verbessert.

Langen, 14. Nov. Gestern Nachmittag 4 Uhr wurden beim Abfeuern der hiesigen Schüsse die Bohrlöcher auf der Ostseite des Arlberg-Tunnels angeschossen und die Verbindung beider Stollen hergestellt. Die Richtung und Höhe derselben ist ausreichend.

Triest, 14. Nov. Bei Lloyds ist die Nachricht eingetroffen, daß das österreichische Segelschiff "Nahor" in der Nähe von Liverpool von dem englischen Dampfer "Duke of Argyle" in den Grund gehobt wurde. Die Mannschaft wurde gerettet.

**Agram**, 14. Nov. In Folge der letzten Regengüsse ist die Save auf beiden Ufern ausgetreten, Martinslaves bei Stjel ist sammt der Straße überströmt, der linke Uferdamm ist in einer Breite von 10 Metern durchbrochen, die ganze Posawina steht unter Wasser.

**Madrid**, 14. Nov. Die amtliche "Gaceta" veröffentlicht die Ernennung Serrano's zum Botschafter in Paris. — Das amtliche Blatt bemerkt unter Hinweis auf die unqualifizierbaren Vorgänge in Paris bei Ankunft des Königs am 29. September, daß die französische Regierung in diplomatischen Noten sich im Sinne der Versöhnung ausgesprochen und die spanische Regierung deshalb geglaubt habe, dem gegenwärtigen, die Versicherungen beider Länder beeinträchtigenden Stande der Dinge ein Ende zu machen. Im Anschluß daran veröffentlicht die "Gaceta" eine Note über den Besuch des Präsidenten Grévy bei dem König Alfonso. Diese Note ist beinahe identisch mit dem von der "Agence Havas" über den Besuch am 30. September verbreiteten Bericht.

**Nom**, 13. Nov. Wie die hiesigen Journale melden, würde der Geschwader-Kommandant Del Santo an Stelle Acton zum Marineminister ernannt werden.

**Nom**, 14. Nov. Die Ernennung des Admirals Del Santo zum Marine-Minister bestätigt sich. Der bisherige Marine-Minister Acton übernimmt das Kommando des permanenten Geschwaders.

**Genua**, 14. Nov. Zwei der deutschen Schiffe, welche Se. f. f. Hoheit den Kronprinzen von hier nach Spanien geleiten werden, sind heute hier angekommen.

**Petersburg**, 14. Nov. Der "Regierungsanzeiger" überlegt ziffermäßig die jüngste Meldung der "Times" von einem Defizit von 24 Millionen Rubel in dem diesjährigen russischen Staatsbudget und versichert ferner, daß mehr als die Hälfte des zur Binsenzahlung und Amortisation der ausländischen Anleihen erforderlichen fünfzig Millionen Rubel durch Annahme von Kupons als Zollzahlungen gedeckt werde. Zur Deckung der anderen Hälfte beschließt die Regierung genügende Mittel in demjenigen Theil der Zollgefälle, welche nicht in Kupons, sondern in Gold eingeschlossen. — Anläßlich einer Bemerkung der "Times", daß der Direktor der Petersburger Diskontobank, Sad, und Dr. Rassalowich sich sehr um das Zustandekommen einer neuen russischen Anleihe im Auslande bemühten, bemerkt der "Regierungsanzeiger", diese Auslassungen bedürfen keines Dementis, weil zwischen den genannten Persönlichkeiten und dem russischen Finaministerium keine diesbezügliche Übereinkunft stattgefunden hätte.

**Belgrad**, 14. Nov. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Darstellung des Ursprungs und Verlaufs der außländischen Bewegung, aus welcher hervorgeht, daß die von Nisch nach Aleksinac dirigirten Truppen die Außländischen schlugen, Aleksinac besetzten, die Ordnung wiederherstellten und die Behörden wiederbesetzten. Die Außländischen haben sich unterworfen und ihre Waffen abgegeben. Stanco Petrovic, welcher verhaftet, von den Außländischen aber befreit worden war, hat sich dem Gerichte selbst gestellt und ist sofort wieder gefangen gesetzt worden. Die Ordnung sei sonach auch in diesem Kreise wiederhergestellt.

**Hamburg**, 14. Nov. Der Postdampfer "Bavaria" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft ist heute in St. Thomas eingetroffen.

**Hamburg**, 14. November. Der Postdampfer "Bohemia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft hat, von New-York kommend, heute früh 7 Uhr Kap Lizard passirt.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Polen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Bözen im November.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
14. Nachm. 2	745,1	SW mäßig	bedeckt <sup>1)</sup>	+ 4,3
14. Abends. 10	750,9	W mäßig	bedeckt	+ 3,5
15. Morgs. 6	755,4	W schwach	bedeckt	+ 3,8

<sup>1)</sup> Regen und Schnee, Niederschlagshöhe: 5,4 mm.

Am 14. Wärme-Maximum: + 5° Gels.

Wärme-Minimum: + 1° Gels.

Wärme-Minimum: + 1

